

Hinweise zur Datenverarbeitung bei Auftragsbeginn gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortliche: Peter Bruckmann, Heinrich Dieter Scholten, Joachim Germer, Christiane Bruckmann und Agron Berisha Rechtsanwälte GbR (im Folgenden: BGS-Recht), Duisburger Straße 73, D-46535 Dinslaken, Deutschland Email: anwalt@bgs-recht.de; Telefon: +49 (0)2064 – 4495-0 Fax: +49 (0)2064 – 4495-66.

Datenschutzbeauftragter von BGS-Recht ist

Dr. Frank Tykwer, Cäcilienhöhe 173, 45657 Recklinghausen
Telefon: 02361/26991, E-Mail: rechtsanwalt@dr-tykwer.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns beauftragen, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Auftrages notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Auftrags und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Auftragsverhältnis erforderlich.

Die für die Beauftragung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Sitzes wenden.

Die Aufsichtsbehörde der Rechtsanwälte ist:

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutz@bgs-recht.de.

Erklärung der/des Mandantin/Mandanten

Ich/Wir habe/haben die vorgenannten Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO nebst meinen/unseren Betroffenenrechten gelesen und eine Abschrift für meine Unterlagen erhalten.

Datum

Unterschrift Mandant/in

Einwilligung der/des Mandantin/Mandanten zur unverschlüsselten E-Mail Korrespondenz

Ich/Wir willige/n ein, dass die Kommunikation mit mir/uns per unverschlüsselter E-Mail zum Zwecke der Vereinfachung der Kommunikation untereinander oder mit Dritten Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Verfahren/Mandat zu versenden bzw. zu erhalten.

BGS-Recht hat mich über die alternative Nutzung von verschlüsselten E-Mail-Kommunikation (insbesondere PGP) aufgeklärt. Der Versand von E-Mails ist einzig an die mir/uns von BGS-Recht genannten E-Mailadressen zulässig. Änderungen der E-Mailadresse werden unverzüglich mitgeteilt.

Mir/ Uns ist bekannt, dass mit der Übertragung von Daten über das Internet (E-Mails, Übertragung von Daten auf/aus Web-Formularen auf der anwaltlichen Homepage, elektronische Faxmitteilungen) Sicherheitsrisiken auftreten können (Inhaltliche Veränderungen, Verfälschungen, Adressmanipulationen und damit Ausschluss der Zurechenbarkeit/Authentizität, Datenverlust, Virenübertragung, Sendungsausfall).

Aufgrund der möglichen Gefahr, dass die von der Kanzlei an den einzig berechtigten Empfänger gerichteten E-Mails auf den Internet-Netzstrecken von Unbefugten unbemerkt und unkontrolliert gelesen werden können, wird BGS-Recht ausdrücklich von der notariellen/anwaltlichen Schweigepflicht entbunden.

Der jeweilige Versender übernimmt das Zustellungs- und Kenntnisnahmerisiko.

Gegenüber BGS-Recht abgegebene Willenserklärungen sind per E-Mail nur verbindlich, wenn sie mit einer digitalen Signatur abgegeben wurden (mit Signaturschlüssel-Zertifikat einer Zertifizierungsstelle). Andernfalls müssen derartige Erklärungen in der üblichen Schriftform geschehen.

Auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die sich gegenüber BGS -Recht aus der Nutzung des E-Mail Versandes unmittelbar oder mittelbar bzw. aus einem Ausfall der E-Mail Nutzung ergeben könnten, wird hiermit ausdrücklich verzichtet.

Diese Vereinbarung kann nur schriftlich und für die Zukunft widerrufen werden. In diesem Fall wird die Kommunikation ausschließlich schriftlich auf dem Postwege geführt.

Datum

Unterschrift Mandant